

TEAM FREIHEIT

***LANDTAGSWAHLPROGRAMM
MECKLENBURG-VORPOMMERN
2026***

Im Zweifel für die Freiheit.

WORUM ES UNS GEHT

Politik in Deutschland hat aufgehört den Bürgern zu dienen. Sie erzieht sie. Sie schreibt vor, wie wir heizen, was wir essen, wen wir einstellen, wie wir reden und scheitert dabei mit Glanz und Gloria an dem Wenigen, das tatsächlich ihre Aufgabe wäre:

innere Sicherheit, eine effiziente Justiz, verlässliche Infrastruktur, eine Verwaltung, die den Bürger nicht als Bittsteller behandelt.

Team Freiheit tritt in Mecklenburg-Vorpommern an, um diesen Erziehungsstaat zurückzubauen. Wir verzichten bewusst darauf, zu jedem Lebensbereich ein politisches Regellungs-Versprechen abzugeben.

Genau diese Anmaßung - alles regeln, alles steuern, alles fördern, alles moralisieren - ist die Krankheit, nicht die Heilung.

Unser Programm ist deshalb bewusst kurz und hat nur drei Teile:

- Schutz - was der Staat leisten muss.**
- Freiraum - was der Staat zurückgeben muss.**
- Rückzug - wovon der Staat sich verabschieden muss.**

Im Zweifel für die Freiheit. Im Ernstfall für den Schutz von Leben, Freiheit und Eigentum.

Im Übrigen: keine Einmischung.

Mecklenburg-Vorpommern heute

Wir lieben dieses Land. Mecklenburg-Vorpommern ist Ostsee und Seenplatte, Hansestadt und Hof, Feld und Land, Werft und Tourismus, Landwirtschaft und Handwerk.

Unser Land hat eine der ältesten Bevölkerungen Deutschlands. Die Bevölkerung der Seenplatte schrumpft, die Werften kämpfen, das Gastgewerbe stöhnt unter immer neuen kommunalen Sondersteuern. Wer hier unternehmen will, lernt zuerst die Beauftragten und Berichtspflichten kennen, dann erst den Markt. Junge Menschen gehen, ältere bleiben zurück, und im Wind-Vorranggebiet streiten Anwohner mit Behörden.

Das ist nicht das Schicksal eines Landes. Das ist das Ergebnis einer politischen Kaste, die sich für klüger hält als ihre Bürger und genau in dem Tempo wächst, in dem Mecklenburg-Vorpommern schrumpft. Was unser Land braucht, ist nicht noch ein Programm, noch ein Förderaufruf, noch ein Beauftragter. Es braucht weniger Staat und einen besseren da, wo er nötig ist.

I. Schutz - was der Staat leisten muss

Der Staat hat eine kurze, aber unverzichtbare Aufgabenliste: Er schützt Leben, Freiheit und Eigentum, sorgt für eine effiziente Justiz und setzt den Rahmen für die Infrastruktur, die ein Flächenland trägt.

- Polizei und Staatsanwaltschaft kümmern sich um die echten Opfer von Gewalt, Einbruch, organisierter Kriminalität. Die Behörden sind nicht das Vollstreckungsorgan einer „Hass-und-Hetze“-Industrie und führen keine Hausdurchsuchungen wegen Social-Media-Posts durch. Wer das in den letzten Jahren für normal hielt, hat dem Rechtsstaat einen Bärendienst erwiesen.
- Kein Überwachungsstaat. Der Bürger schuldet dem Staat keinen Beweis seiner Unschuld. Wir lehnen KI-Videoüberwachung des öffentlichen Raums, anlasslose Datenspeicherung und Chatkontrolle in jeder Form ab. Sicherheit gibt es nur mit Freiheit, nicht gegen sie.
- Wir beenden die schleichende Enteignung durch Heizungsgesetz, Denkmalschutz-Überregulierung, ESG-Vorgaben, Umwidmungen und Sondersteuern. Wer sein Haus baut, soll es bewohnen und nicht als Versuchslabor staatlicher Erziehungsprojekte hergeben.
- Infrastruktur als Rahmen, nicht als Staatsbetrieb. Der Staat setzt die Regeln für Straßen, Verkehrswege und digitale Netze. Er ersetzt nicht den Markt und nicht den Eigentümer.
- Politiker- und Amtshaftung mit Zähnen. Wer mit Steuergeld Schaden anrichtet, soll dafür einstehen - auch persönlich, auch ideell. Die Tage der folgenlosen Selbstbedienung sind vorbei.
- Die Gesellschaft wird wehrhaft, wenn die Bürger wehrhaft sind. Deswegen vereinfachen wir den legalen Waffenerwerb.

Was dadurch möglich wird: eine Polizei, die wieder dort ist, wo sie hingehört, eine Justiz, deren Urteile nicht von der Zeit überholt werden, und ein Staat, dem Bürger vertrauen können - gerade weil er sich auf das Wesentliche beschränkt.

II. Freiraum — was der Staat zurückgeben muss

Die größte Wachstumsbremse in Mecklenburg-Vorpommern heißt nicht Standort, sondern Staat. Steuern, Abgaben und Überregulierung ersticken Mittelstand, Handwerk und Familien.

Wir geben den Bürgern zurück, was ihnen gehört: ihr Geld, ihre Zeit, ihre Entscheidungen. Unternehmer sollen Unternehmer sein, nicht Berichterstatter an die nächste Aufsichtsbehörde.

- Wir werden in einer Wahlperiode kein einziges neues Landesgesetz verabschieden. Keine neuen Verordnungen, keine neuen Auflagen. Wir streichen Gesetze und Regeln. Der Politik tut Selbstbeschränkung gut. Dem Bürger erst recht.

- Genehmigungsfiktion: Wer eine Tätigkeit beantragt, darf nach Fristablauf beginnen. Behörden, die schweigen, stimmen zu. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum ein Bürger ein halbes Jahr auf ein Stück Papier warten soll, das jemand in zehn Minuten unterschreiben könnte.
- Wir senken die Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb einer Immobilie auf null Euro. Wer sich das erste Eigenheim leistet, wird nicht zur Kasse gebeten, damit das nächste Beauftragten-Büro besetzt werden kann. Der allgemeine Satz wird auf 3,5 Prozent gedeckelt und perspektivisch weiter gesenkt.
- Tourismus: Die Übernachtungssteuer schaffen wir landesweit ab. Sie ist die Abkassiersteuer des modernen Staates. Dazu räumen wir auf: Ladenschlussgesetz, Meldebescheinigungs-Bürokratie und übergriffiger Datenschutz abgeschafft. Gäste sind Gäste, keine Steuerobjekte.
- Der kommunale Finanzausgleich wird beendet. Solide Kommunen subventionieren nicht länger das Ausgabenverhalten unsolider Rathäuser. Eigenverantwortung gilt auch im Rathaus.
- Ende der Förderbürokratie. Wir beenden hunderte kleinteiliger Landesförderprogramme zugunsten niedrigerer Steuern und Abgaben. Was der Wettbewerb leisten kann, leistet er besser als jedes Ministerium und ehrlicher als jede Lobbygruppe.
- Verwaltung verschlanken. Das Klimaschutz-Ressort wird abgewickelt. Behördenstrukturen werden zurückgebaut, der Beamtenstatus auf hoheitliche Funktionen begrenzt. Die Beauftragten-Republik endet in Mecklenburg-Vorpommern.
- Feierabendparlament statt Berufspolitiker. Wer Werktätigen das Leben regelt, sollte selbst gearbeitet haben. Wir wollen einen Landtag, der sich auf die wesentlichen Fragen beschränkt und keine Schaufensterdebatten führt.
- Dieses Programm ist ein bewusster Akt der Selbstzüchtigung der Politik gegenüber dem Bürger. Freie Listen und unabhängige Bürgervertretungen müssen leichter antreten können, nicht schwerer. Demokratie lebt vom Wettbewerb, nicht vom Parteienkartell.
- Abgeordnetendiäten werden gekürzt und an den letzten Verdienst gekoppelt. Wer nichts anderes gelernt hat als Politik, soll dafür nicht überdurchschnittlich entlohnt werden.
- Fachkräfte rein, Bürokratie raus. Ausländische Abschlüsse werden schnell anerkannt, Visa- und Arbeitsgenehmigungen digital erteilt. Wir trauen unseren Unternehmen zu, zu wissen, wen sie brauchen.

Was dadurch möglich wird: mehr Wohneigentum für Familien, mehr Gründungen in Werften, Handwerk und Tourismus, schnellere Behörden, weniger Abwanderung - und eine Politik, die sich nicht mehr für die wichtigste Person im Raum hält.

III. Rückzug - wovon der Staat sich verabschieden muss

- Der Staat ist kein Energieplaner, kein Erzieher, kein Schiedsrichter über zulässige Meinungen - und kein moralischer Lehrer der Nation. Wo Politik meint, Lebensbereiche steuern zu müssen, schafft sie meistens Schaden und überlässt den Bürgern die Rechnung. Wir machen Schluss damit.
- Energie erzeugen wir technologieoffen statt politisch gelenkt. Wir unterstützen die Abwicklung des EEG - die teuerste Selbstverwundung einer Industrienation und lehnen weitere Subventionen ab. Wind-Vorranggebiete werden nicht gegen Anwohner und Naturschutz durchgedrückt. Repowering vor Neuausweisung, Vetorecht der Gemeinden, Mindestabstände bleiben. Wer das Klima retten will, soll es mit eigenem Geld tun.
- Waffenrecht: Legaler Waffenbesitz ist ein Bürgerrecht. Daher treten wir für die Abschaffung des Bedürfnisnachweises und Einführung einer Selbstschutzlizenz ein.
- Bildung: Schulpflicht wird zur Bildungspflicht, Freilernen wird ermöglicht. Eltern erhalten Bildungsgutscheine als Schlüssel zur Wahlfreiheit - Schulen konkurrieren um Qualität, nicht um Sympathien aus dem Ministerium. Dorfschulen bleiben, Mindestschülerzahlen werden flexibilisiert. Und nein: Kinder gehören nicht dem Staat.
- Wohnen: Mietendeckel und Mietpreisbremse sind Wohnraumvernichtungsprogramme. Wir schaffen sie ab. Stellplatzpflicht, Photovoltaikpflicht - weg. Die Landesbauordnung wird entrümpelt. Wer baurechtskonform plant, darf nach Fristablauf bauen.
- Familien werden steuerlich entlastet, unabhängig von der Betreuungsform. Der Staat hat sich nicht in die Familie zu drängen - egal, ob Kinder zu Hause, in der Kita oder auf dem Reiterhof aufwachsen.
- Gesundheit und Pflege: Heilberufe gestalten ihren Betrieb selbst. Niederlassungshürden fallen, Telemedizin und mobile Versorgung werden ermöglicht.
- Corona-Aufarbeitung - endlich und ehrlich. Komplette Amnestie für alle Maßnahmen und Strafen.
- Migration und Asyl: Sozialleistungen werden ausschließlich als Sachleistungen erbracht. Spracherwerb ist Pflicht, keine Empfehlung. Wer ausreisepflichtig ist, reist aus - andernfalls wird er ausgereist. Fachkräftezuwanderung orientiert sich am Bedarf des Arbeitsmarktes, nicht an einem moralischen Selbstbild der politischen Kaste.
- Umwelt- und Naturschutz: Evidenz statt Ideologie, mit Blick auf das, was wirtschaftlich tragbar ist. Naturschutz funktioniert durch Eigentümer und Praktiker - Landwirte, Förster, Fischer und eine starke Jägerschaft. Nicht durch Klimaplanwirtschaft, Generalverdacht oder Symbolverbote.

- Anschluss- und Benutzungszwänge entfallen. Wer überzeugen will, schafft ein attraktives Angebot - er erzwingt keinen Anschluss.

- Keine Steuergelder für Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Wer politische Propaganda betreibt, finanziert sie selbst. Der subventionierte Aktivismus, mit dem Vereine ohne demokratische Legitimation jahrelang Politik gemacht haben, endet hier.

Was dadurch möglich wird: günstigere Energie, mehr verfügbarer Wohnraum, lebendigere Schulen, freie Berufsausübung, ein lebendiger ländlicher Raum und ein Diskurs ohne staatlich bestellte Schiedsrichter. Mecklenburg-Vorpommern hat alles, was es braucht - Politik muss endlich aufhören, im Weg zu stehen.

Unser Versprechen

Wir versprechen keine Wunder, wir sagen klar, dass die nächsten Jahre wirtschaftlich hart werden und nur Bürger und Unternehmen den Karren aus dem Dreck ziehen können. Dafür brauchen sie aber die notwendige Freiheit. Hierfür schrumpfen wir den Staat gesund.

Im Zweifel für die Freiheit.

TEAM FREIHEIT

team-freiheit.de